

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erschelungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 29. Oktober 1932

Nummer 87

Kulturaufgaben der Gewerkschaften

Von Theodor Leipart

In der Nachkriegszeit waren gewisse Ansätze dazu vorhanden, die Arbeiterschaft in das kulturelle Leben der Nation einzubeziehen. Das war gegenüber der Vorkriegszeit ein Fortschritt, den wir zu würdigen wissen. Die Vorkriegszeit schloß den Arbeiter auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens aus. Eine kleine Adelskaste teilte sich mit dem Bürgertum in die Macht in Staat und Wissenschaft.

Die Arbeiterschaft war ohne Anteil an der Kultur. Diese war vielmehr auf die Oberklasse zugeschnitten. Gelehrte, Beamte, Richter, Industrielle, sie alle waren exklusiv und schauten mit Geringschätzung auf die wertvolle Arbeit. Unsere Arbeiterschaft sah daher hinter der Ideologie, hinter den Bildungs- und Kulturinteressen dieser Kreise nur den trafen Macht- und Besitzstandspunkt.

Es war Kultur kleiner Kreise, vom Volksganzen aus gesehen keine Kultur. Es fehlte an jeglicher Volksbildung. Es fehlte darum aber auch an einer wirklichen geistigen Führung. Es fehlte an einer Staatskunst, die ein Volk in kritischen Zeiten zu führen vermochte.

Wenn wir uns dieses Bild der Vergangenheit vor Augen halten, so möchten wir fast glauben, daß es eine Schilderung dessen ist, was seit dem letzten Wochen unserer Geschichte wieder anzubrechen scheint. Breite Teile des Bürgertums glauben, in dieser neuen Staatspolitik ihre bürgerliche Kulturauffassung zu retten.

Wie weit ist das aber alles von den Idealen entfernt, die in der Freiheitsbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts vom Bürgertum verkündet wurden. Wie weit entfernt von dem Geist eines Fichte, der zuerst die Forderung einer Volksbildung aufstellte, die diesen Namen wirklich verdiene, einer Bildung, die nicht mehr den hochmütigen Unterschied eines gebildeten Standes von einer in bloßer Erwerbsarbeit aufgehenden Schicht duldet, die nicht mehr Bildung als das Vorrecht irgendeiner Gruppe innerhalb der Nation betrachtet. Was ist aus diesen hohen Zielen eines Fichte geworden?

Seitdem das Großbürgertum seine Herrschaft angetreten hat, ist eine betrübende Wandlung in der Stellung der Intellektuellen zum Volk eingetreten, die im großen und ganzen auch in der Nachkriegszeit noch fortbestand und in der Reaktion unserer geistig gerichteten Kreise gerabegte erschreckende Formen angenommen hat. Wo sind die Männer heute, die wie Fichte die Aufgaben einer wahren und umfassenden Volksbildung aufzeigten?

Früher waren es noch Männer wie Rudolf Sohm, Ugo Brentano und Anton Menger, ein Konservativer, ein Liberaler und ein Radikaler, die in mahendem Jurens über die Intellektuellen die gleiche Klage geführt haben über die Teilnahmslosigkeit der Gebildeten gegenüber dem politischen und sozialen Leben und über die Unvollkommenheit einer Bildung, die mit den lebendigen Kräften des Kulturfortschritts zu gefallen droht.

Wir sind heute arm an solchen Männern und brauchen sie dringender als jemals. Wir stehen erschrocken vor der Uninteressiertheit unserer gebildeten Kreise, die zum größten Teil sich der Reaktion anschließen, anstatt mit uns das geistig zu unterbauen, was von uns an sozialen Reformen erreicht worden ist. Sie bleiben an ihre sozialen Schichten gebunden. Sie stehen nicht zur Arbeiterschaft, als wir sie so dringend brauchen. Sie haben am wenigsten Grund, uns heute vorzuwerfen, daß von uns in der Nachkriegszeit nicht genug geschaffen worden sei. Was wir geschaffen haben, haben wir aus eigener Kraft schaffen müssen, und wir sind stolz darauf.

Es ist nur zu erklärlich, daß angesichts dieses Aufstrebens der untersten Klasse, die aus dem Elend kapitalistischer Ansätze sich entwickelte und jahrhundertlang soziale Gruppen in ihrer Machtfstellung erschütterte, sich die bestehenden und regierenden Gruppen zum Kampf zusammenschlossen, um ihre Vorrechte zu festigen oder wiederzugewinnen.

Berkennen wir nicht, wie die Erfolge der Reaktion sich in der Arbeiterschaft auswirken müssen! Es vollzieht sich ein neuer Bruch mit Staat und Wirtschaft, der um so gefährlicher ist, als die Enttäuschung über die vergangenen Jahre die Massen innerlich auf das schwerste erschütterte hat und vielfach keine neue Hoffnung mehr hochkommen läßt. Der Glaube an die Gerechtigkeit, an eine menschliche Ordnung überhaupt, ist ins Wanken gekommen. Das Vertrauen geht immer mehr verloren. Damit setzt eine Neigung zur niederreichenden Kritik ein, zur Ratlosigkeit und zum Radikalismus. Kulturbolschewismus treiben also diejenigen, die für solche Rückschläge in der sozialen Entwicklung die Verantwortung tragen.

In dieser Zeit bluten die Gewerkschaften dem Arbeiter den einzigen Hehl. Ihre Ideen sind es, die ihm trotz der Hoffenlosigkeit der Zeit die Kraft geben, sich innerlich zu behaupten. Ohne unsere Arbeit wäre das Chaos in Deutschland längst da.

Die Bedeutung, die die Gewerkschaften damit erneut gewinnen, zwingt uns, unsere Kulturarbeit zu überprüfen und zu den großen Fragen des kulturellen Lebens überhaupt Stellung zu nehmen. Ich bin mir bewußt, daß dies im Rahmen dieses Aufsatzes in umfassender Weise nicht möglich ist und daß ich mich darauf beschränken muß, auf einige dringende Fragen der Gegenwart einzugehen.

Weite Kreise unseres Volkes zweifeln heute an dem Sinn des technischen Fortschritts und greifen die Gewerkschaften an, weil sie sich zu ihm bekennen. Höre man vergiftet hierbei oft, daß es nicht die Technik an sich ist, sondern die Wirtschaftsförmung, in der die Technik verwendet wird, die den Menschen degradiert. Wir wollen, daß die Technik noch ganz anders als heute den Menschen von den Lasten des Lebens befreit. Die Technik soll uns nicht von der Natur entfernen. Sie soll uns erst recht helfen, die Natur zu erobern und eine bessere Welt zu gestalten. Wir sind überzeugt, daß erst in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung die Technik sich voll zum Nutzen der Menschen entfalten kann. In ihr werden der Erfinder und der Entdecker nicht an das Interesse kapitalistischer Machtgruppen gebunden sein, sondern, wie alle großen Erfinder es wollen, ihre Erfindungen wirklich zum Wohl der Allgemeinheit verwerten und darum auch auf den Schutz- und die Hilfe der Gesellschaft rechnen können.

Man wirft uns Arbeitern oft vor, wir seien materialistisch. Man sieht oder erkennt nicht, daß wir die Wirtschaft in den Zusammenhang des ganzen Lebens einordnen wollen, daß die Wirtschaft die Aufgabe hat, dem Menschen zu geben, was er braucht. Gerade die Schichten, die uns Materialismus vorwerfen, haben die Wirtschaft zum Selbstzweck gemacht. Wir wollen sie in den Dienst unserer Kulturideen stellen.

Man wirft uns weiter vor, daß wir nicht national seien. Nun, wir wissen sehr wohl, daß alle Kultur auf nationalen Grundlagen erwächst. Uns sind Heimat und Geschichte Werte, deren Bedeutung für unser Volk wir aufs höchste schätzen. Jede einzelne Geschichte unserer Verbände, die von den Vorständen bisher heraus-

gegeben wurde, ist gleichzeitig eine Geschichte der betreffenden Gewerbegebiete, die mit all der Liebe geschrieben ist, die man dem Werden unseres Volkes entgegenbringt. Wir wissen in diesem Zusammenhang auch die Kräfte der Tradition zu schätzen, ohne die eine Bewegung steuerlos hin und her treibt. Wir sind stolz auf diese unsere Geschichte. In ihr haben Männer gewirkt, die ihr Bestes für die Freiheit der Arbeiterklasse hingegeben haben.

Keine soziale Schicht kann sich der nationalen Entwicklung entziehen. Auch wir haben es nicht getan, als wir im Weltkrieg bis zu dem traurigen Zusammenbruch für unser Vaterland gekämpft haben, als wir 1918 die ganze Last des zusammengebrochenen Reiches auf uns genommen haben und seitdem eine Aufbauarbeit leisteten, die in der Geschichte einmal eine ganz andere Bewertung erfahren wird, als es in dieser Zeit der politischen Verwirrung geschieht.

Es ist eine Arbeit gewesen, die sich aber auch an uns gelohnt hat. Wir sind durch eine harte Schule gegangen. Wir bereuen es nicht, weil wir wissen, daß nur die Schlacht am Ende sich durchsetzt, die auch die stärksten geistigen und sittlichen Kräfte in sich trägt.

Wir haben für unser Volk Opfer gebracht. Wir taten es im Krieg. Dafür legen so manche mannhaften Worte von Karl Legien das beste Zeugnis ab. Wir taten es im Kampf gegen den Separatismus im Westen und in der Zeit des passiven Widerstandes im Ruhrkampf. Wir haben alles unternommen, was unser Volk frei und wirtschaftlich wieder gesund machen sollte. Wir wehren uns aber dagegen, daß der nationale Gedanke mit dem aristokratisch-kapitalistischen System gleichgestellt wird. Die überkommene Ordnung ist uns zu eng. Sie ist nicht imstande, unsere Forderungen nach einem menschenwürdigen Dasein der Arbeiterschaft zu verwirklichen. Sie schnürt uns das Leben ab, das wir in uns tragen.

Unsere Arbeit ist Dienst am Volk. Sie kennt den Geist der Einordnung und der Hingabe für das Ganze. Wir sind Antimilitaristen und bekennen es ganz unabweislich. Wir wehren uns aber dagegen, als Pazifisten zu gelten, die kein Gefühl für unsere Ehre und für die Interessen unseres Volkes hätten. Wir sind Kämpfer und keine schwächlichen Versöhnungspolitiker. Wir sind keine Kompromisnaturen trotz unserer praktischen Einstellung. Wir sind keine Opportunisten trotz unserer Gegenwartsaufgaben.

Wir führen unseren sozialen Kampf im Interesse der Nation. Wir führen ihn im Sinn der Zusammenarbeit der Völker. Uns diesem Grund wehren wir uns auch gegen jede nationalistische Verengung. Die jüngsten Kämpfe beim Rundfunk, Film und Theater gegen künstlerische Kräfte aus dem Ausland lehnen wir entschieden ab. Die besten Geister auf allen Kulturgebieten sind nicht an die eine oder andere Nation gebunden.

Es war der Stolz der Fürsten in früherer Zeit, Kräfte heranzuziehen, wo sie in der Welt auch finden mochten, um sie für die deutsche Kultur fruchtbar zu machen. Ich erinnere an Goethes weltbürgerliche Haltung und an die Freundschaft Friedrichs des Großen mit Voltaire. Die führenden Kräfte unserer Gewerkschaftsbewegung waren national eingestellt, sie sahen darüber hinaus aber auch den weiten weltumspannenden Gedanken der Menschheit. Im Gebiet des Geistigen und Schöpferischen gibt es keine Ausländer, erkennen wir auch keine Rassenbeschränkungen an. Jeder, der unser Leben auf den Gebieten von Kunst und Wissenschaft bereichert, soll auf deutschem Boden eine Heimat haben.

Als Gewerkschaften gehen wir auch über die Parteibildung hinaus. Wir führen unseren sozialen Kampf der Verfassung gemäß mit politischen Parteien.

Wir führen ihn vor allem mit der Sozialdemokratischen Partei, die sich bisher am meisten bemüht hat, unsere Ideen auf dem Weg der Gesetzgebung zu verwirklichen. Unsere Bestrebungen gehen jedoch über jede enge Parteigrenze hinaus. Wir sind zu sehr auf das Ganze gerichtet, um Parteifesseln zu tragen. Wir sehen darum auch nicht in den andern Parteien von vornherein schon unsere Gegner. Wir bekämpfen sie nur dann, wenn sie unsern Weg hemmen wollen und vor allen Dingen, wenn sie glauben, von ganz andern Grundanschauungen her, als wir sie haben, politische Fragen lösen zu wollen.

Wir kennen Toleranz. Aber wir sind auch unerbittlich, wenn es um letzte Machtentscheidungen geht. Die nationale Idee kann nur verwirklicht werden, wenn der soziale Konflikt, in den der Kapitalismus alle fortgeschrittenen Völker stürzt, durch eine neue Gesellschaftsordnung überwunden wird.

Unsre Gegner berufen sich nicht nur auf Heimat und Nation, sondern auch auf das Christentum. Sie fordern eine staatliche Kulturpolitik, die ihnen helfen soll. Sie wollen die politische Situation ausnutzen, um der christlich-konservativen Sache auf diese Weise zu helfen. Es dient der religiösen Sache keineswegs, wenn die heutige Reaktion sich christlich tarnt. Wir warnen vor einer solchen Entwicklung auf Grund der Erfahrungen der Geschichte. Wir warnen auch im Interesse der religiösen Empfindungen unserer Mitglieder. Die Kirche erweist sich keinen Dienst, wenn sie sich dazu hergibt, die politische Entwicklung rückwärts zu richten. Sie sollte wissen und nicht übersehen, wie die Staatsmacht sich wandeln kann. Wir fordern Freiheit des Weltkenntnisses. Wir betonen aber auch, daß unsere Kulturpolitischen Forderungen von den stärksten Impulsen der menschlichen Befreiungsbewegung getragen sind, wie sie sich seit Jahrhunderten in der Emanzipation der europäischen Menschheit von kirchlich-klerikalen Bindungen auswirkt. Die Wendung von einer im Jenetischen verankerten zu einer die irdische Gegenwart behandelnden Haltung gibt unserer Kulturarbeit den tiefsten Sinn.

Für diese Wendung folgt eine leidenschaftliche Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, folgt unsere Befähigung der Lebensfreude, für die wir die Voraussetzungen schaffen wollen. Sie hält uns andererseits nicht ab, ehrfurchtsvoll vor den Toren des Ewigens zu stehen, die unsrer menschlichen Erkenntnis verschlossen sind, und die Mächte zu schühen, die sich um diese letzte große Lösung von endlichem Dasein und unendlichem Weltgeschehen bemühen.

Wir Sozialisten entfremden nicht des religiösen Gefühls. Die Religion darf uns jedoch nicht von dem Arbeiterschlacht ablenken. Sie muß uns vielmehr die Kräfte stärken, die unserm Befreiungskampf dienen. Diese Auffassungen entsprechen unserer religiösen Toleranz. In diesem Sinn lassen wir den Kirchen die Möglichkeit ihres Wirkens, ohne ihnen jedoch eine staatliche Vormachtstellung einzuräumen.

Wir wollen allerdings mehr als Wunden heilen. Wir wollen sie nach Möglichkeit verhindern und streben deshalb nach einer Weltgestaltung, die das Menschentum immer stärker zur Geltung bringt. Wir führen unsere Kämpfe, unsere sozialen und nationalen, letztlich im Sinn des Menschheitsgebantens. Wir bekennen uns deshalb zur humanitären Idee als der letzten und tiefsten, die uns bewegt. Unser Arbeitsrecht ist Menschenrecht. Unser Lohnkampf ist ein Freiungskampf. Der Kampf um die Rechtsgrundlagen, den wir gegen die letzten Notverordnungen der Reichsregierung führen, geht nicht nur um materielle Interessen.

Unsre Arbeit ist oft so unscheinbar. Man sieht den Aktionsradius nicht, der sich hinter unsrer Arbeit aufbaut. Man sieht die Kulturideen nicht, die sich nur dem erschließen, der von unsrer Bewegung innerlich erfüllt ist. Wir wollen Lebensfreude und Lebensgenuss für alle. Wir wollen, daß sich die besten Kräfte in unserm Volk zur geistigen und künstlerischen Freude erheben. Wir suchen die Lebensfreude in unserm Wirken, wo es auch immer geschieht. Wir suchen sie nicht zuletzt in der Pflichterfüllung. Das ist das Menschheitsbild, das uns vorstreckt, das wir jedoch nicht erreichen, solange die gegenwärtige „Ordnung“ nicht überwunden ist.

Wir stehen in großen Auseinandersetzungen und vor schweren Entscheidungen. Wir wollen positive Arbeit in der Gegenwart. Wir hängen keinen Träumen nach. Aber unser Bild ist weiter gerichtet auf eine neue Ordnung, die nicht in so fernher Zeit kommen muß. Wir erkennen uns zur revolutionären Idee, weil wir die Erkenntnis haben,

die die besondere Lage uns unwiderstehlich aufzwingt, daß unsre letzten Ziele nur in einer neuen Ordnung verwirklicht werden können. Wir wünschen, daß in den Reihen der geistig gerichteten Kreise diese unsre Haltung Zustimmung findet. Sie sollten auf sich wirken lassen, was Nietzsche in der „Fröhen Wissenschaft“ über die revolutionäre Haltung des Deutschen zum Ausdruck gebracht hat: „Wir Deutschen sind Segeltaner, auch wenn es nie einen Segel gegeben hätte, insofern wir dem Werden, der Entwicklung, instinktiv einen tieferen Sinn und reicherem Wert zurechnen, als dem, was ist.“

Die freien Gewerkschaften im Jahr 1931

Trotz einer beispiellosen Überführung der politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse, denen in vollem Umfang zu folgen dem einzelnen kaum noch möglich ist, lassen die Einzelergebnisse der erbitterten Gegenwartsämpfe klar erkennen, um was es in den Kämpfen der sich gegenüberstehenden Gesellschaftsklassen in Deutschland geht. Darüber kann uns weder die gutgespielte Verfassungstreu der aus Eigennutz gegen die Arbeiterschaft eingestellten Gesellschaftsklassen noch die Demagogie derjenigen hinwegtäuschen, die längst als die Steigbügelhalter der Reaktion entlarvt und erkannt sind. Das Ziel aller offenen und verdeckten Feinde der Arbeiterschaft ist die Beseitigung aller demokratischen Errungenschaften, von denen unsre Gegner genau wissen, daß sich auf ihnen sowohl die politische Freiheit wie alle Möglichkeiten des wirtschaftlichen Fortschritts der Arbeiterschaft aufbauen.

Doch diese Erkenntnis trotz des in den letzten Jahren gebotenen Anschauungsunterrichts noch nicht Allgemeinung der gesamten Arbeiterschaft geworden ist, hat nicht wenig zur Entmutigung unsrer Gegner und zu ihren Angriffen auf die Grundrechte der Arbeiterschaft beigetragen. Wenn ihnen trotzdem die Bäume nicht in den Himmel gewachsen sind und ihre Angriffe auf die bedeutungsvollsten Errungenschaften der Arbeiterschaft abgesehen werden konnten, dann ist das der zielbewußten Arbeit und dementsprechenden Abwehrmaßnahmen der Gewerkschaften zuzuschreiben, die sich den Gegnern gestellt und ihnen immer wieder bewiesen haben, daß die Kraft der Gewerkschaften ungebrochen ist, daß sie jedem Angriff ihrer Gegner gewachsen sind. Die Wirtschaftspolitik des Unternehmertums ist vor die Hunde gegangen. Die freien Gewerkschaften stehen fest und werden den Kampf um eine bessere Wirtschaftsordnung gegen das Unternehmertum und seine Hilfstruppen unbeeinträchtigt weiter fortführen. Für diese Anerkennung des Willens zeugt auch das Jahrbuch 1931 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, das ein Dokument des unerbrochenen Kampfes der Arbeiterschaft gegen seine Widersacher ist und zugleich den Weg zeigt, den die Arbeiterschaft auch in den kommenden Kämpfen zu gehen hat.

Dieser Weg führt aus den Kämpfen um die Wirtschaft auf das Gebiet der Politik. Die Unternehmer haben längst erkannt, daß die Kraft ihrer Organisationen trotz des Bundesgenossenkreises nicht dazu ausreicht, die Kraft der Gewerkschaften zu brechen. Und sie, die die freien Gewerkschaften so oft und mit Vorliebe als rote oder marxistische Gewerkschaften zu bezeichnen pflegen, um sie damit eines Abweichens von ihren wirtschaftlichen Aufgaben zu beschuldigen, die gleichen Unternehmer haben den Kampf um die Wirtschaft auf das Gebiet der Politik verlegt, treiben überhaupt nur noch Politik und haben durch ihre Unterstützung politischer Parteien und ihre Einflussnahme auf die Politik der Regierungen Verlingung und von Papen erreicht, daß der in der Verfassung niedergelegte Schutz der Arbeiterschaft in einen Schutz des Unternehmertums und der kapitalistischen Wirtschaft umgewandelt worden ist. Nur der Wirtschaft ging es schlecht, von andern notleidenden Schichten wurde in Deutschland überhaupt nicht mehr gesprochen. Aus dieser Verlogenheit und unter dem Druck des Unternehmertums ist die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 geboren. Und wenn der hauptverantwortliche Arbeitsminister des Kabinetts Brüning auf einer Tagung der Vertrauensleute der katholischen Arbeitervereine am 5. Juli 1931 in Hamm erklärte, daß „diese Dinge nicht durch bloßen einseitigen Sturm auf die Löhne, das Schlichtungswesen und die Sozialversicherung zu ordnen seien“, dann ist der Erlaß der vorerwähnten Notverordnung der Beweis dafür, daß diese Regierung so stark unter dem Druck des Unternehmertums gestanden hat, daß sie entgegen ihrer eigenen Auffassung zu handeln gezwungen war.

Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bezeichnet den Kurs, der im vergangenen Jahr in Deutschland eingeschlagen wurde. Durch ihren Eingriff wurden 917 bereits eingeschickte Bewegungen mit rund 2,2 Millionen Beteiligungen zum Abbruch gebracht. Für 13,1 Millionen Beteiligte konnten die tariflichen Bewegungen auf dem üblichen Weg beendet werden. Die Senkung der Löhne bis zu 15 Proz. allein durch diese Notverordnung war eine Liebesgabe an die Unternehmer, die nicht zur Wirtschaftsbefehung, sondern zur Droßelung des Konsums und dadurch zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit geführt hat. Die durchschnittlichen tariflichen Stundenlöhne für männliche Arbeiter sind von 102,8 Pf. im Dezember 1930 auf 94,2 Pf. im Dezember 1931 gesenkt worden. Der Reallohn ist trotz einer Senkung des amtlichen Index im Vergleich mit dem Jahr 1929 um 15 bis 20 Proz. gesunken. Mit Recht wird im Jahrbuch des ADGB zu dieser Entwicklung gesagt, daß sie eine Unlage gegen die Politik der Regierung ist, die die Kaufkraft des Binnenmarktes ausschöpft und die Abhängigkeit der heimischen Industrie verengt hat. Die

falsche Lohnpolitik ist an der Schrumpfung der deutschen Wirtschaft und dem Wachstum der Arbeitslosigkeit mit schuldig.

Die Arbeitslosenzahl ist von 4,87 Millionen im Januar auf 5,04 Millionen im Dezember 1931 gestiegen. Im Jahresdurchschnitt gab es im Reich im Jahr 1929 1,9 Millionen, im Jahr 1930 3,1 Millionen und im Jahr 1931 4,6 Millionen Arbeitslose. Im Jahresdurchschnitt waren von 100 Gewerkschaftsmitgliedern im Jahr 1929 13,3, 1930 23,0 und im Jahr 1931 34,7 Proz. arbeitslos. Der Höhepunkt wurde im Februar und März 1932 erreicht, als rund 45 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder ohne Arbeit waren. Im Buchdruckgewerbe ist die Arbeitslosigkeit durchschnittlich von 9,2 Proz. im Jahr 1929 auf 26,6 Proz. im Jahr 1931 gestiegen und beträgt gegenwärtig über 35 Proz. Zu dieser Arbeitslosigkeit gestellte sich in steigendem Maß die Kurzarbeit. Von 100 beschäftigten Gewerkschaftsmitgliedern arbeiteten im Dezember 1929 10,8, 1930 19,5 und 1931 32,6 Proz. verkürzt.

Trotz dieser furchtbaren Arbeitslosigkeit war es nicht möglich, dem Ziel der Vierzigstundenwoche näherzukommen. Um sich dem Drängen der Gewerkschaften nicht offensichtlich zu entziehen, leitete die Regierung Verhandlungen zwischen den einzelnen Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden ein, die, wie noch in aller Erinnerung sein dürfte, wie das Hornberger Schießen ausgegangen sind. Über die für unser Gewerbe geführten Verhandlungen ist an dieser Stelle eingehend berichtet worden. Wenn die Regierung gelangt hatte, die Unternehmer durch die Drohung mit der Einführung der gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung blaffen zu können, so hatte sie sich geirrt. Die Unternehmer wußten nur zu gut, daß die von ihnen in politischer Beziehung gebrachten Opfer eine stärkere Macht darstellten, als die in ihren Maßnahmen nur von Schwäche geleitete Regierung, die den wiederholten Forderungen einzelner Gewerkschaften und des Bundesvorstandes des ADGB immer wieder auszuweichen wußte. Und das, obwohl die Regierung Brüning in einem Schreiben an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mutig erklärt hatte, daß sie vom Gesichtspunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus eine Verkürzung der Arbeitszeit nach wie vor für dringend erwünscht halte, wo es technisch möglich und wirtschaftlich tragbar sei. Die Unternehmer haben auf die Meinung der Regierung gepiffen, von der sie Arbeit in ihrem Interesse erwarteten. Alle Versuche scheiterten an ihrem Widerstand. Sie führten die Kurzarbeit ein, wo es ihnen zweckmäßig und rentabel erschien, eine generelle Senkung der Arbeitszeit entspricht einfach nicht ihrem Ausbeutungsprinzip.

Um so stärker wandten sie sich dafür der Sozialpolitik zu. Das „System“ der staatslichen Sozialpolitik wurde neben der Lohnpolitik der Gewerkschaften für die Krise verantwortlich gemacht. Daß die Krise eine Folgeerscheinung der kapitalistischen Wirtschaft ist, wird aus Bequemlichkeit und im Wohlgeruch der eigenen Interessen in der Regel gestrichelt, Tarifrück und Schlichtungswesen, insbesondere aber die Arbeitslosenversicherung wurden von ihnen benannt und haben zumindest zu einer prinzipiellen Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes geführt, das in seinem Versicherungscharakter eine nicht unwesentliche Einbuße erfahren hat. Das staatsliche Schlichtungswesen ist in seiner sozialen Funktion erheblich bedroht und das Tariffrecht hat besonders bis in die letzten Tage hinein an realem Wert für die Arbeiterschaft verloren. Inwieweit diese Verschlechterungen dem Unternehmertum nützen werden, dürfte die Zukunft lehren. Es ist wohl angebracht, daran zu erinnern, daß es Verhandlungen gegeben hat, in denen die Unternehmer das größte Interesse an dem Zustandekommen von Tarifverträgen gehabt haben, um Ruhe in den Betrieben und in ihren geschäftlichen Abwicklungen zu bekommen. Die Kurzsichtigkeit des Unternehmertums, die nur aus ihrem Krisentaumel zu erklären ist, wird zu Nachspüren in den gewerkschaftlichen Kämpfen führen, durch die sie an ihre Konjunkturpolitik einmal erinnert werden und worauf schon heute mit aller Deutlichkeit hingewiesen werden soll.

Wenn die Krise auch an dem Mitgliederstand der Gewerkschaften nicht vorübergegangen ist, so ist das eine Erscheinung, die nicht von prinzipieller Bedeutung ist. Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die Kurzarbeit und die Senkung des Lohnstandards mußten besonders da zu Mitgliederverlusten führen, wo mit einer gewerkschaftlich gefestigten Mitgliederzahl nicht gerechnet werden kann. Wenn trotz der für die Arbeiterschaft nachteiligen Erscheinungen der Wirtschaftskrise der Mitgliederstand von 4 716 569 Ende 1930 auf 4 134 002 Ende 1931 - 12,3 Proz. zurückgegangen ist, so ist das angesichts der vorgenannten Erscheinungen kein Mitgliederverlust, dem prinzipielle Bedeutung zukommt, sondern ein Mitgliederabgang, der in diesen Erscheinungen seine natürliche Ursache hat, mit deren Überwindung eine Hebung des Mitgliederstandes eine voraussetzende Selbstverständlichkeit ist. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß es den Gewerkschaften in ihrer gegenwärtigen Abwehrstellung nicht möglich war, alle Angriffe des Unternehmertums abzuwehren. Die Arbeiterschaft weiß nur zu genau, und darüber sind sie durch die Konjunkturpolitik des Unternehmertums hinreichend belehrt worden, daß es vollends um ihre Rechte und jeden Anspruch in und außerhalb der Betriebe gegangen wäre, wenn die Gewerkschaften nicht als ein fester Wall dem Unternehmertum entgegenstehen würden.

Welche Bedeutung die Gewerkschaften als Kulturfaktor haben, zeigt ihre Wirken auf arbeitsethnischen Gebiet, auf dem des Gesundheitswesens, des gewerkschaftlichen Gesundheitswesens und der Jugendarbeit.

In der Gewerkschaften erstreckte sich ihre Tätigkeit auf die Krankheitsverhütung, die allein einen wirksamen Schutz

gegen alle Berufsgefahren bietet. Die Beratung der Verbände in Fragen der Gewerbedechnik hat im Berichtsjahr an Umfang zugenommen. Vergiftungsfällen und Erkrankungen durch giftige Arbeitsmaterialien konnte erfolgreich entgegengewirkt werden. Der Geltendmachung verfahrensrechtlicher Ansprüche wurde besondere Aufmerksamkeit zugewandt, und auf die Abstellung von Missetänden und die Beachtung gesetzlicher Schutzmaßnahmen wurde im besonderen die Aufmerksamkeit der Behörden gelenkt. Bei der Gestaltung der von den Berufsgenossenschaften zu erlassenden Krankheitsverhütungsvorschriften wurde weitgehender Einfluß genommen, und den in den letzten Jahren auch in unserm Gewerbe immer mehr zunehmenden Gefahren wurde durch krankheitsverhütende Maßnahmen entgegengewirkt. Besonders aber wurde die Gesetzgebung in weitestem Maße zu beeinflussen versucht. Wenn diesem Arbeitsgebiet der Gewerkschaften in seiner Vorfestaltung von dem einzelnen nicht immer die notwendige Aufmerksamkeit entgegengebracht wird, so zeigt das gerade, um wieviel notwendiger denn das Wirken der Gewerkschaften im Interesse der Volksgesundheit auf diesem Gebiet ist.

Hinsichtlich des gewerkschaftlichen Bildungswezens bemängelt das Jahrbuch, daß auf diesem Gebiet keine zahlenmäßigen Nachweise für die angewendeten Mittel und für den Umfang der Bildungsarbeit vorhanden sind. Dem soll durch die Einführung einer Statistik über die gewerkschaftliche Bildungsarbeit abgeholfen werden. Dennoch zeigen aber die Teilerhebungen für das verflossene Jahr, daß die Wirtschaftskreise der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit keinen nennenswerten Schaden zugefügt hat. Abgesehen von zwei Verbänden, die ganz besonders von der Arbeitslosigkeit heimgegriffen wurden, konnte die Arbeit der Bundeschule in Bernau in vollem Umfang aufrechterhalten werden. An ordentlichen Kursen wurden dort 34 mit insgesamt 1334 Teilnehmern und an Sonderkursen 11 mit insgesamt 457 Teilnehmern durchgeführt. Im Bereich der Verbandsgebiete wurden insgesamt 4208 Kurse mit 81 416 Teilnehmern veranstaltet. Am Lehrgang der Wirtschaftsschule in Berlin nahmen insgesamt 34 Hörer teil, an dem der Wirtschaftsschule in Düsseldorf 45. Der Lehrgang der Akademie der Arbeit wurde von insgesamt 62 Teilnehmern besucht, die Heimvolkshochschule Tinz konnte aus Gründen, die nicht bei den Gewerkschaften lagen, den üblichen zeitlichen Turnus nicht innehalten. Das Bibliothekwesen, Rundfunkfragen, die Erwerbsloshilfe und andere Bildungsbestrebungen vervollständigen dieses gewerkschaftliche Arbeitsgebiet, dem schon im Interesse eines guten gewerkschaftlichen Nachwuchses in Zukunft noch mehr als bisher die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden wird.

Die gewerkschaftliche Jugendarbeit hat im Hinblick auf die Not der Jugend besonders pflegliche Behandlung erfahren. Erstwerk wurde die Arbeit auf diesem so wichtigen Gebiet, weil zu den von den Jugendlichen angebrachten Mitteln nicht unethische Zusätze gefordert werden müssen. So konnten die Jugendtreffen, die ein hervorragendes Mittel zur Bekundung der Stärke und Geschlossenheit der Bewegung sind, nur in bescheidenem Umfang durchgeführt werden. Welche Hemmnisse der Jugendarbeit durch die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit auferlegt sind, zeigen die Jugendzeitschriften, die in der Häufigkeit des Erscheinens und ihrer Auflagen einen Rückgang erfahren haben. Die Zahl der in den Gewerkschaften aufgenommenen Jugendlichen betrug 240 000, gegen 300 000 im Jahr 1930. Der Rückgang erklärt sich aus der durch die Wirtschaftsverhältnisse bedingten geringeren Lehrlingshaltung, und ferner wird darauf hingewiesen, daß Lehrmeister häufig nur noch mit Lehrstellen arbeiten, wodurch der Einfluß der Gesellen auf die Lehrlinge oft ganz ausgegahkt wird. Weiterhin ungünstig bemerkbar machte sich das Aussehen bei den Lehrlingen, eine Erscheinung, die man früher nicht kannte und die für ihren Teil dazu beiträgt, daß die Jugendlichen nicht immer den Weg zur Jugendorganisation finden. Um hier bessernd eingzugreifen, wurden Schulungsveranstaltungen für jugendliche Erwerbslose getroffen. Innerhalb des preussischen Staatsgebietes haben die Verbände und Bezirke des ADGB, im Winterhalbjahr 1931/32 allein 86 solcher Schulungsveranstaltungen durchgeführt, an denen 4400 Teilnehmer an 17 371 Schultagen beteiligt waren. Zur weiteren nützlichen Ausfüllung der Freizeit der Jugendlichen wurden die von den Arbeitsämtern geförderten Berufsvorbildungskurse in Anspruch genommen. Der freiwillige Arbeitsdienst bot hier und da Gelegenheit zu einwandfreier Beschäftigung und zur Verbesserung der materiellen Lage der Jugendlichen. Aus der Verschärfung des politischen Kampfes ergab sich die Notwendigkeit besonderer Aufklärung der Jugendlichen, um sie vor Irrungen und falscher Beurteilung der gewerkschaftlichen Leistungen und der Bedeutung der Gewerkschaften zu schützen. Aus den Berichten von 22 Verbänden geht hervor, daß zur Zeit 2173 Jugendabteilungen bestehen, in denen 8837 Jugendfunktionäre tätig sind. Daraus ergibt sich, daß von den Gewerkschaften ein gewaltiges Stück Arbeit im Interesse der Jugendlichen geleistet wird. Und wenn von allen Seiten um die Gewinnung der Jugendlichen gekämpft wird, so beweisen die Leistungen der Gewerkschaften, wer sich der Jugendlichen unter Aufwendung nicht unbeträchtlicher Mittel am wärmsten annimmt und wohin unsere Arbeiterjugend gehört.

Welche bedeutungsvolle Aufklärungsarbeit von der Gewerkschafts-press geleistet wird, zeigen die zur Zeit erscheinenden 30 Verbandsorgane, die in einer Auflage von 4 246 700 Exemplaren je Nummer herausgegeben werden. Daneben erscheinen 21 Branchenblätter in einer Gesamtauflage von 255 500 Exemplaren, unter denen allein unter



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Oscar Bauer in Dresden
Eingetreten: 26. Oktober 1882
Jetzt Invalide



Jean Kleemeyer in Apenrade
Eingetreten: 28. Oktober 1882
Jetzt Invalide



Joseph Hellmann in München
Eingetreten: 30. Oktober 1882
Jetzt Invalide



P. A. Hanfen in Stensburg
Eingetreten: 30. Oktober 1882
Invalide seit 1905



Organisationskraft fünf Ausgaben vertreten ist. Es sind dies „Der Säbelscher“, „Der Drücker“, „Technische Mitteilungen“, „Blei und Kupfer“ und „Der Sprachwart“. Jugendzeitschriften erscheinen 14 in einer Gesamtauflage von 226 000 Exemplaren, fachtechnische Zeitschriften 18 mit einer Gesamtauflage von 349 100 Exemplaren, unter denen unsere Organisation mit zwei Ausgaben, „Typographische Mitteilungen“ und „Der graphische Betrieb“, vertreten ist. Und schließlich erscheinen noch 5 Bundesorgane in einer Auflage von 182 000 Exemplaren. Wenn auch in dem Ausbau der Gewerkschafts-press eine zu wünschende Fortentwicklung nicht erwartet werden konnte, so zeigt doch der Stand der Gewerkschafts-press, daß sie die ihr gestellte hohe Aufgabe unter den gegenwärtigen nützlichen Verhältnissen in vollem Umfang erfüllt hat. Und wenn man berücksichtigt, daß diese gewaltige Arbeit von nur 88 Redakteuren, von denen 50 ihre Tätigkeit im Hauptberuf und 38 dieselbe im Nebenberuf ausüben, bewältigt wird, dann steigert das den Wert der geleisteten Arbeit um ein beträchtliches, die von der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft nicht hoch genug anerkannt werden kann.

So zeigt auch das diesmalige Jahrbuch des ADGB, das natürlich in einzelnen seiner Berichtsteile inwärtigen Veränderungen erfahren hat, daß es keine Aufgaben im wirtschaftlichen Leben und im Existenzkampf der Arbeiterschaft gibt, an denen nicht die freien Gewerkschaften in hohem Maße ihren Anteil haben. Die demokratische Staatsform hat der Arbeiterschaft das Recht gegeben, in Politik und Wirtschaft mitzuwirken und ihre Stimme zur Geltung zu bringen. Die im ADGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften haben als Organisationen auch in der gegenwärtig schweren Zeit ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan. Ihr Einfluß und damit der Erfolg ihrer Arbeit wird sich aber nur in dem von der Arbeiterschaft gewünschten Maße steigern, je mehr auch der einzelne die Pflicht zur Mitarbeit erkennt und das besonders in einer Zeit, in der sich alles gegen die Gewerkschaften zusammenballt. Nur eine starke Zusammenfassung aller Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung sichert der deutschen Arbeiterschaft die Rechte in Staat und Wirtschaft, auf die sie einen vollen Anspruch hat. fl.

Eine neue Werbepremie

Für die Werbung von zwei Mitgliedern gibt die Büchergilde Gutenberg die sonst nicht erhältliche Neuerscheinung „Daumier“, reich illustriert, 206 Seiten.

Zum Konflikt in Kottbus

Im Anschluß an einen wegen der Verordnung vom 5. September 1932 in der Firma Otto Entz, Papierverarbeitungs- und Buch-, Stein- und Offsetdruckerei in Kottbus ausgebrochenen Konflikt, der am 24. September zur Arbeitsniederlegung von über dreißig Kollegen und einer doppelt so großen Anzahl von Arbeitern anderer Berufsgruppen führte, erwiderte der Deutsche Buchdrucker-Verein am 11. Oktober durch das Berliner Arbeitsgericht eine sogenannte einstweilige Verfügung gegen unsern Verband folgenden Inhalts:

Den Antragsgegner wird jede direkte oder indirekte tatfällige, moralische oder finanzielle Unterstützung der in Streit getretenen Arbeitnehmer der Firma Otto Entz, Kottbus, verboten;

Dem Antragsgegner wird aufgegeben, es zu unterlassen, den Streit weiter zu organisieren und durchzuführen; dies alles bei Vermeidung einer Geldstrafe in unbefristeter Höhe und einer Haftstrafe bis zu sechs Monaten für den Fall der Zuwiderhandlung.

Der Antragssteller trägt die Kosten des Verfahrens.

Gegen diesen neuzeitlichen Mißbrauch des § 935 usw. der Zivilprozedur von Unternehmerseite erhob der Verbandsvorstand sofort Einspruch und erzielte nach zweimaliger Verhandlung vor der Graphtischen Kammer des Berliner Arbeitsgerichts am 26. Oktober die Aufhebung dieser Verfügung. Dies erfolgte unter Umständen, die für die Prozeßvertretung des Deutschen Buchdrucker-Vereins, deren Verhalten vor Gericht selbst auf Unternehmerseite als peinlich empfunden wurde, eine wohlverdiente sachsische und moralische Niederlage bedeuteten. In der Begründung der Aufhebung wurde betont, daß eine tarifmäßige Handlung des Antragsgegners, also des Verbandes, nicht festzustellen sei, daß die „Einstweilige Verfügung“ nach den aus den Verhandlungen sich ergebenden Umständen heute nicht mehr erlassen würde, und daher mit sofortiger Wirkung aufgehoben werde. Nach Ansicht des Gerichts sei der Streit als beendet anzusehen. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Antragssteller, dem Deutschen Buchdrucker-Verein, auferlegt.

Aus den Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht, auf die wir im Interesse aller an der Sache Beteiligten in Kottbus zunächst nicht näher eingehen möchten, war zu entnehmen, daß der Deutsche Buchdrucker-Verein in diesem Konflikt kein Mittel unverzucht ließ, um die Firma Entz von einer vernünftigen Verständigung mit ihrem bisherigen Personal abzuhalten. Er hat ihre sogar andere „Arbeitskräfte“ vermittelt und ist nach wie vor bestrebt, die an dem Konflikt beteiligten Arbeiter zur unwürdigen Aufgabe jeglicher Berufssolidarität durch räufischtslose Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Notlage zu zwingen. Wenn selber auch „schlaflos“ ist, daß schon seit längerer Zeit ein Differenzkonflikt zwischen der Firma und ihrem Personal kein Mangel war, so hat sich doch im vorliegenden Fall der Deutsche Buchdrucker-Verein nicht gehescht, durch möglichst schnelles und juristisch überprüfbares Verfahren den Konflikt so zu verschärfen und zu verbittern, daß an eine im Interesse beider Teile liegende Verständigung immer weniger zu denken war. Das wäre nur dann möglich, wenn die Firmeninhaber sich ohne solche Bären Dienste des DGB wieder darauf besinnen können und wollten, daß sie sich selbst den schlechtesten Dienst erweisen, wenn sie glauben, mit den ihnen vom Deutschen Buchdrucker-Verein vermittelten, außerhalb jeder Berufssolidarität stehenden Arbeitskräften, das gewerbliche Ansehen ihrer Firma zu erhalten!

Da nach Ansicht des Gerichts der „Streit“ als beendet anzusehen ist, wird das von dem Konflikt berührte Arbeitsamt dieser Entscheidung Rechnung tragen. Diese Situation, die nicht zuletzt auf Erscheinungen aus der heutigen Notzeit für die Arbeiterschaft auch im graphischen Gewerbe zurückzuführen ist, wodurch es der Firma und dem Deutschen Buchdrucker-Verein möglich war, den teilweise Bedarf an Arbeitskräften von außerhalb zu decken, mußte es auch für die an dem Konflikt beteiligten Kollegen als zweckmäßig erscheinen lassen, die Bewegung abzubrechen. Dieser Entschluß ist jedem von ihnen sehr schwer gefallen; aber zeitliche Überlegung und gewerkschaftlicher Zusammenhalt ließ sie erkennen, daß noch größere Opfer ihrerseits als bisher nicht gerechtfertigt wären.

Demokratie oder Diktatur?

Es läßt sich beim besten Willen nicht leugnen: Das langsame Tempo der Demokratie, die mancherlei Mißerfolge sind nicht gerade ermutigend. Das Volk hat seine Macht und deren richtige Anwendung noch nicht erkannt. In der Hand des Wählers liegt eine folgenschwerere Entscheidung; er soll am Wahltag den Weg bestimmen, auf dem sich die Staatsgewalt bewegt. Das Endergebnis ist ein Labyrinth von Wegen, deren keiner für die Staatsgewalt gangbar ist, die sich nun nach diktatorischen Wegweisern richtet, da die demokratischen versagen. Ein großer Aufwand war wieder einmal schmählich verthan. Aus deiner Schuld, Wähler, erwuchs dein Schaden! Aber die Menschen werden einmal nur durch vielen Schaden klug, und darum tun sie denn auch alles, um — „klug“ zu werden, eben weil sie nicht geschickt sind. So freyt zu hoffen und zu fürchten — dies hinsichtlich der Kosten —, daß sie schließlich doch noch klug werden.

Wie die Ereignisse der letzten Zeit erwiegen, ist denn auch die Demokratie, der demokratischen Verfassung zum Trotz, immer mehr zurückgedrängt. Kaum ist noch irgendwie und

wo zu erkennen, daß die Staatsgewalt vom Volk ausgeht. Schon hatten die Machthaber von gestern die Zeit für reif, der Demokratie den Rest zu geben, um sich und ihren heutigartigen Klüngel wieder „herrlichen Zeiten“ entgegenzuführen. All diesen Ereignissen steht der Wähler, durch eigene Schuld, machtlos gegenüber; entschuldigend für ihn ist nur die schwere Zeit, die ihn körperlich, seelisch und geistig zermürbt, bedrückt und verwirrt. In dieser Zeit ist es den Feinden der Demokratie von rechts nicht schwer, ihre vollenfeindlichen Ziele zu umsetzen; während die Gegner der Demokratie von links mit Erfolg den Boden bestellten, auf dem die Volksrechte mit „andern Mitteln“ ausgehen sollen.

Der Hauptstoß gegen die Demokratie wurde von rechts geführt. Hier stehen des Volkes geschworene Feinde, die sehr wohl wissen, daß die Demokratie in ihrem System ein Ende macht und deshalb alles daran setzen, das demokratische System in stumpfesorgloser Agitation zu untergraben. Der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe geben sie sich als „Hüter“ der Volksrechte, in der richtigen Erkenntnis, nur so die Massen einzufangen zu können, um sie danach um so leichter ihrer Rechte zu berauben. Dann wird das Volk allerdings zu spät erwachen, jedenfalls aber wird es dann „flug“ geworden sein.

Der von links gegen die Demokratie geführte Stoß gefährdet zwar nicht unmittelbar die Volksrechte, er soll vielmehr als „Einheitsstoß“ für die Rechte des Volkes wirken, die mit „andern Mitteln“ erkämpft werden sollen. Wie die Gegner der Demokratie von rechts mit Hilfe der Diktatur die Volksrechte unterdrücken wollen, so wollen die von links durch die Diktatur das Volk siegen lassen. Zweifellos ist gegenüber dem Schneidentempo der Demokratie die Diktatur ein Verfahren, das schnell zum Ziel führen kann, vorausgesetzt, sie verfügt über die geeigneten Machtmittel. Beide, Demokratie wie Diktatur, können ohne Macht ihr Ziel nicht erreichen. Während die Demokratie ihr Recht auf eine geistig belebte Mehrheit begründet, stützt sich die Diktatur auf die Gewalt, die erforderlichenfalls eine Minderheit ausübt. Indessen: Vektoren Endes wird eine geistig revolutionierende Mehrheit ebensoviel ohne Gewaltmittel ihr Ziel erreichen, wie dieses eine lediglich auf Gewalt gestützte revolutionierende Minderheit dauernd wird behaupten können! Das Fazit: Eine dauernde Sicherung der Volksrechte ist nur möglich durch die Demokratie!

Neben diesen die Demokratie zerlegenden parteipolitischen Einwirkungen gehen gewisse, sagen wir mal: historische Einflüsse einher, die eine demokratisch geführte Politik erschweren. Wie in jedes Menschen Gemüht seine Geschichte geschrieben liegt, so auch in dem politischen Gemüht eines Volkes, und das lesen wir in dem unres Volkess seine traurige Geschichte der Zwietracht und Zersplittertheit. Mehr als zwei Dugend Parteien und Parteienlegen legen hierfür Zeugnis ab und geben so ein getreues Spiegelbild der deutschen Vergangenheit; angefangen bei den uneinigen Volkstammern der germanischen Frühzeit, hinaus über die unzähligen autokratischen „Vaterländer“ des Mittelalters bis zu den noch immer vorhandenen republikanischen „Vaterländern“ der Gegenwart. In jeder dieser Weisen wie sich die Eigenschaften der Vorfahren noch in späteren Generationen auswirken, so läßt auch dieses unselbige, typisch deutsche Erbgut noch im Parteeleben der Gegenwart seinen nachteiligen Einfluß aus. Es liegt auf der Hand, daß in einem parteipolitisch so zerstückelten Volk dem demokratischen Gedanken große Schwierigkeiten entgegenstehen, die dennoch zu überwinden sind und überwunden werden.

Nun soll zum fünften Male in diesem Jahr der demokratische Gedanke erprobt werden. (Man kann auch einen Gedanken zu Tode hegen!) Und Staatsmänner, Parteiführer sowie den einzelnen Volksgenossen bewegt mit mehr oder weniger banger Sorge die Frage: „Wähler, wohin gehtst du?“ Die Beantwortung dieser Frage ist verknüpft mit unzähligen Hoffnungen und Befürchtungen, die sich sowohl auf den einzelnen, wie auf Familie, Klasse und Volk konzentrieren. Der überzeugte Demokrat weiß jedoch, daß jede Waf, sie mag ausgehen wie sie will, immer nur eine Etappe zum Ziel sein kann; des Zieles Sozialismus aber ist er sicher. Anders der Anhänger der Diktatur, ihm ist das demokratische Recht mehr ein notwendiges Übel, dessen er sich aus taktischen Gründen bedient, um es gegebenenfalls beiseite zu stellen. Zwischen beiden stehen noch die „Wahlabsichtener“, sowohl solche aus „Abseerung“, die die ganze „Wählererei“ als zwecklos erachten, wie die aus Ignoranz, die lieber Objekt als Subjekt der Politik sein wollen. Auch solche Klänge muß es geben.

Wähler, wohin gehst du? Diese Frage ergeht nun in aller Eindringlichkeit an dich. An Wegweisern, die dich auf den nach ihrer Meinung, „richtigen“ Weg weisen, ist kein Mangel, du kennst sie alle und weißt auch, in welche Richtung sie weisen, du weißt aber nicht, in welcher Richtung du dein Ziel siegst. Du weißt bestimmt, ob du der Demokratie oder der Diktatur zustrebst, ob Sozialismus und Faschismus auf deinem Weg liegen, oder ob dich deren Gegenpole locken. Vor allem aber weißt du, daß es dieses Mal, mehr denn je, um die Demokratie geht, und daß sie das Fundament der Volksrechte, der sozialen Gerechtigkeit und der Freiheit ist. Du hast gesehen, wie durch das Beiseiteschieben der Demokratie auch der „Demos“, das Volk, beiseite geschoben und seine Rechte immer mehr geschnitten wurden. Und in dieser Erkenntnis wird es dir bestimmt nicht schwer, auf die Frage: „Wohin gehst du, Wähler?“ die Antwort zu geben: „Zur Freiheit!“

Hannover.

T. S.

Das Buchgewerbe im Ausland

Tschechoslowakei. Der Verband der tschechoslowakischen Buchdrucker zahlt ab 10. November 1932 an reisende Kollegen der Verbände in Belgien, Jugoslawien, Memelgebiet, Estland, Polen, Rumänien und Ungarn ein **W a t i t u m** mehr aus, da die Gebiete der vorerwähnten Verbände für reiseaus Mitglieder des tschechoslowakischen Verbandes ebenfalls gesperrt sind. — Die **Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe** nimmt noch immer zu. Zu Anfang September waren schon etwa 2500 Gehilfen, das sind mehr als 28 Proz. des Mitgliederstandes des Verbandes, arbeitslos. Der Nationalität nach waren es 948 Deutsche, 1275 Tschechen, 160 Magyaren und 101 Slowaken.

Holland. Am 21. Oktober beging der Vorsitzende des holländischen Buchdruckerverbandes, Kollege van der Wal, sein 25jähriges Jubiläum als Verbandsleiter. Im Jahr 1907 wurde er als „Redakteur-Propagandist“ in den Dienst der Organisation gestellt, nachdem er viele Jahre hindurch nebenamtlich das Wohngewerbe des Verbandes redigiert hatte. Dem unablässigen Wirken des Kollegen van der Wal ist die erfreuliche Entwicklung des holländischen Verbandes zum guten Teil zu verdanken. — Auf Grund der sinkenden Indizes ist es bei den Buchdruckern erneut zu einer **W a h n h a b s e h u n g** gekommen, und zwar mit 3 Cents pro Stunde für 24jährige Gehilfen. Der Minimumlohn in der höchsten Klasse (Amsterdam) beträgt jetzt 31,60 Gulden. Nach ergebnislosen Verhandlungen in der Tarifkommission wurde ein unparteiischer Vorsitzender mit der Schlichtung beauftragt. Das Resultat war, wie oben mitgeteilt. Auch die Buchdruckerprinzipale haben den Gehilfenverbänden Anträge unterbreitet, nach denen nun auch die Löhne der Buchbindergehilfen herabgedrückt werden sollen. Diese Anträge sind zurückgewiesen, aber die Lage im Buchbindergewerbe, das von der Krise arg in Mitleidenschaft gezogen wird, bleibt sehr schwierig. In der holländischen Universitätsstadt **Leiden** ist bei der Firma Brill, Verleger und Drucker von Schriften in vielen orientalischen Sprachen, der Gelehrte **J. B. van Duuren** beschäftigt, der als einziger Seher der chinesischen Sprache in Holland gilt. Bei seinem 50jährigen Jubiläum, das er kürzlich beging, wurde er von Professor Dr. Nijpendal in einem Zeitungsartikel geehrt. Seine Kenntnisse der chinesischen Sprache wurden darin sehr gerühmt. Van Duuren hatte von Anfang an, 50 Jahre lang schon, die sinologische Zeitschrift „**Toungpao**“ ganz selbständig geleitet, und als das von ihm geleitete Chinesisch-Englische Standard-Wörterbuch fertiggestellt war, wurde ihm vom Verfasser, Professor H. A. Giles in Cambridge, im Vorwort des Buches Lob und Dank ausgesprochen für die ausgezeichnete Sagarbeit. Auch die holländische Regierung hat dem Kollegen eine Auszeichnung verliehen.

Korrespondenzen

Freiburg i. Br. Unsere Herbst-Bezirksversammlung für die Weisgau-Druckerei am 9. Oktober hatte einen außerordentlich starken Besuch aufzuweisen. Sie wurde durch unsere rührige „**Typographia**“ mit dem Buchdruckerfängergruß sowie zwei stimmungsvollen Liedern eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung eckte die Versammlung den verstorbenen Kollegen Hermann Dertel, der als eifriges Mitglied bekannt und geschätzt war. In den geschäftlichen Mitteilungen gab Vorsitzender **Scheerer u. a.** Kenntnis von einem Ausbuchsreiben des Gauvorstandes, das sich mit der Einstellung der Gewerkschaften zum freiwilligen Arbeitsdienst befahte. Die Bestrebungen zur Sicherung eines gewissen Einflusses sowie die kritische Beurteilung der Arbeitsdienstpflicht wurden von der Versammlung gebilligt. Die gedruckt vorliegende Abrechnung über das erste Halbjahr zeigte einen verhältnismäßig günstigen Abschluß und erfuhr keinerlei Beanstandung. Einem kurzen Halbjahrsbericht des Vorliegenden war zu entnehmen, daß immer noch etwa 30 Proz. der Mitglieder arbeitslos gemeldet sind, von der in starkem Maße durchgeführte Kurzarbeit ganz zu schweigen. Das bisher in Karlsruhe als Kopfblatt des „**Führer**“ hergestellte **Naziorgan „Der Allermann“** wird jetzt in Freiburg hergestellt. Unter Hängen und Wirgen wurde die erste Nummer geboren. Selbst der Rotationsmaschine ging der dabei getriebene Klamaut und Tamtam auf die Nerven und machte sie vorbeigang. Im weiteren gab ein Bericht über die Verhältnisse und Vorgänge bei der Firma Goldschagg der Kollegschaft die notwendige Aufklärung, warum dieser Betrieb durch den Gauvorstand gesperrt wurde. Die Aufnahmegerüste zweier Kollegen wurden an den Gauvorstand empfehlend weitergeleitet. Ein Kollege mußte wegen erheblichen Beitragsrückständen ausgeschlossen werden. Zwei weiteren Kollegen droht das gleiche Schicksal, falls sie sich innerhalb einer kurzen Frist nicht über die Begleichung ihrer Reste mit dem Vorstand einigen. Ein vorzüglich ausgearbeitetes Referat unseres Gauvorstehers **Reibel** über „Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften“ bildete den Höhepunkt der Versammlung. Als Ausgangspunkt seiner Betrachtungen wählte der Redner die kürzlich in Bad Pyramont abgehaltene Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins und die dort gehaltenen Referate, die der gewerblichen und wirtschaftspolitischen „Aufklärung“ dienen sollten. Gewissen Referenten konnte er den Vorwurf mangelnder Objektivität nicht erproben. Statt die eignen Fehler einzugestehen und zu korrigieren, ritt man auch hier das bekannte Sündenpferd, daß der Marxismus die Schuld an der Krise trage, ohne auch nur die geringste Beweiskraft dafür anzutreten. Wäre das Geschehen von einer zu zwei Dritteln sozialisierten Wirtschaft Lastzacke, dann könnte es wahrlich besser um uns und wir hätten es nicht notwendig, uns von einer Regierung Papen durch Notverordnungen regieren zu lassen. Unterstützt von einwandfreiem Beweismaterial zeigte der Referent die tatsächliche Entwicklung

der Wirtschaft seit dem Krieg und stellte fest, daß nur durch die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems die riesige Arbeitslosigkeit in allen Ländern heraufbeschworen wurde. Würde sich das Unternehmertum auch nur einigermaßen von den Gefühlen des Verantwortungsbewußtseins gegenüber der Allgemeinheit leiten lassen, wie es die Gewerkschaften jederzeit getan haben, dann hätte unser Elend nie solche Ausmaße annehmen können. In laßlicher Form erklärte Kollege **Reibel** den Standpunkt der Gewerkschaften zu den einzelnen Teilen der Papenischen Notverordnung. Durch Berechnungsbeispiele über die Auswirkungen der Notverordnungen zeigte er, daß dadurch praktisch gar keine Erhöhung der Kaufkraft eintritt und nur eine kleine Elite den Rahm dabei abschöpft. Nach dem Grundsatz, Wer die Macht hat, hat das Recht, werde nun der Versuch unternommen, den Widerstand der Gewerkschaften durch Aufzertung der Friedenspflicht zu zersplittern. Der von den Gewerkschaften sowie namhaften Arbeitsrechtlern eingemommene Rechtsstandpunkt wird einfach ignoriert. Daraus habe nun die Arbeitererschaft die Konsequenzen zu ziehen. Einigkeit, d. h. Zurückstellung kleinlicher Sonderinteressen, sei das Gebot der Stunde. Die Einigung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess muß bei Sicherung der Existenzmöglichkeiten eine Kürzung der Arbeitszeit bringen, die es auch dem Arbeiter ermöglicht, seine kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen. Der mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag führte zu einer Aussprache, die aber infolge der vorgerückten Zeit starke Beschränkung erfuhr. Sie genügte jedoch, um die Stimmung der Kollegschaft gegen die Maßnahmen der Regierung Papen kennenzulernen. Mit aller Entschiedenheit wurden die rigorosen Eingriffe in das Tarifrecht zurückgewiesen und gegen die den Gewerkschaften auferlegte Friedenspflicht protestiert. In keinem Schlußwort behandelte der Referent nochmals eingehend die unbedingte Notwendigkeit starker Gewerkschaften sowie deren Einstellung zum demokratischen Staat. Es wurde dann noch beschlossen, durch eine freiwillige Liefensammlung die Mittel zu einer Weihnachtsunterstützung für unfre Arbeitslosen zusammenzubringen. — Eine am Saaleingang hübsch aufgemachte Ausstellung der Büchergilde fand großen Anklang und allgemeine Beachtung. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen würde die erfolgreichste Förderung dieser idealen Einrichtung wesentlich beschleunigen. Dem bisher Geleisteten muß höchste Anerkennung gezollt werden.

Gesentrichen. Nach längerer Sommerpause fand am 2. Oktober eine **W e r s a m m l u n g** statt, die sich durch eine reichhaltige Tagesordnung auszeichnete. Unter „**Geschäftlichem**“ wurde beschlossen, die Mitgliederzahl im Verein „**Jugendheim**“ zu kündigen, da der Beitrag von 50 M. jährlich eingepart werden mußte. Im weiteren gab der zweite Vorsitzende **Auffschuß** über den **Erwerbslosenreferat**, der in der städtischen Gewerkschaft und einem stillliegenden Betrieb stattfinden soll. Als Referent sind zwei erwerbslose Kollegen aus unsern Reihen bestimmt. Der Schriftführer erstattete sodann Bericht über den Ortsausfluß. Den Bericht über die letzte Bezirksversammlung und über eine Düsseldorf-Veranstaltung gab der erste Vorsitzende, der sich in bezug auf die Bezirksversammlung kurz und laßlich faßte. Sodann referierte Kollege **Reinhardt** (Düsseldorf) über „**Papens Notverordnung und ihre Auswirkung**“. Die letzten Notverordnungen haben uns deutlich gezeigt, wohin der Weg geht. Vor allem die letzte Notverordnung, die dem Großgrundbesitz Milliardengehälter macht, die der Arbeiterchaft aber auf die raffinierteste Weise entzogen werden. Durch Abrossung des Imports werden die Preise im Inland künstlich gesteigert und dies ist nur als verschärfte Ausbeutung des Volkes zu betrachten. Hinzu komme noch das System der Steuererhöhung, das gleichbedeutend ist mit einer verkettenen Inflation. An Hand von Zahlenmaterial konnte der Referent nachweisen, daß die letzte Notverordnung in jedem Fall hemmend wirken müsse, statt belebend. Nur durch Geschlossenheit der Arbeiterklasse sei es möglich, zu einem Ausweg zu gelangen. Lebhafter Beifall wurde dem Referenten zuteil.

Gießen. (M a s c h i n e n s e h e r.) Am 8. Oktober feierte unsere Vereinigung für den Bezirk Gießen ihr 25jähriges **W e s e n** bei recht guter Beteiligung der Kollegen und ihrer Angehörigen. Außerdem waren zahlreiche Freunde und Kollegen erschienen sowie die Mitglieder des Gauvereinigungsverbandes, Delegierte der Spartenvereine aus Frankfurt a. M., Offenbach, Alsfeld, Kassel und Fulda. Aus der vom Kollegen **Fritz Diebold** verfaßten Festchrift ist zu ersehen, daß als Vorgänger der jetzigen Bezirksvereinigung der im Jahr 1907 gegründete **Maschinenreferat** Gießen anzusehen ist. Am 1. April 1932 löste unsere Bezirksvereinigung 56 Mitglieder, die sich auf die Orte **Friedberg-Bad Nauheim, Dillenburg-Herborn, Marburg, Wehlar, Grünberg** und **Gießen** verteilten. Nachdem nunmehr der **Maschinenreferat** Gießen als festes Fundament in der Bezirksvereinigung aufgegangen ist, hat dessen Geschichte auch gleichzeitig Geltung als Vorgeschichte des heutigen Vereins. Die im Saal des Gewerkschaftshauses abgehaltene **Feier** wurde eingeleitet durch die Duvertüre zur Oper „**Tancrède**“. Einem vom Kollegen **Hermann Elle** verfaßten und von **Kräutle** **Lenne** **L h e i n** würdevoll vorgetragenen Vorprüfungs Wort zwei Gesangsvorträge des Arbeitergängervereins „**Eintracht**“ (Gießen). Nach herzlichen Begrüßungsworten gab Vorsitzender **W u g l e r** **A u n** eine kurze Schilderung über die Gründung der Vereinigung als **Maschinenreferat** Gießen und gedachte in ehrender Weise der Verstorbenen. **Herr W r u c k** vom Stadttheater Gießen fand lebhaften Beifall für seine vortrefflichen Rezitationen ersten und weiteren Inhalts. Die **Felldre** hielt der Vorsitzende unserer Gauvereinigung, Kollege **Heinrich Klein** (Frankfurt a. M.). Mit dem Bekanntnis zum Verband und zur Sparte schloßen seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Anschließend nahm Kollege **Reinhardt** die Ehrengewürdigung der Mitglieder vor, die der Sparte 25 Jahre und länger angehören. Es sind dies: **Wolff Kaiser (Marburg), Eduard Hankel, August Krefe (Bad Nauheim), Jakob Moutarde, August Braun, Fritz Diebold, Oskar Jahn, Wilhelm Lenz, Otto Eitel (Gießen), Armin Wötter (Hildburghausen).** Als äußeres Zeichen des Dankes wurde jedem Jubilar ein kleines Angebinde überreicht. Von der **Typograph-Sehmaschinenfabrik** wurden

vier Kollegen für 25jährige Tätigkeit am Typograph geehrt und mit einem Gedächtnisbuch bedacht. Die Mergenthaler Segmalinienfabrik ehrte ihrerseits einen Kollegen für 25jährige Tätigkeit an der Linotype und ließ ihm einen Uhranhänger überreichen. Namens der Geehrten sprach Kollege A. K a i s e r Worte des Dankes. Für den jubelnden Verein überbrachten Glückwünsche und schöne Geschenke die Vertreter der Spartenvereine Kassel, Völklingen, Offenbach, Frankfurt a. M. und die Gewerkschaften Frankfurt-Hessen sowie die Vertreter der Handwerkerpartei, Druckerpartei, des Bildungsverbandes und des Bezirks Gießen. Begrüßungstelegramme bzw. schreiben waren eingegangen von der Zentralkommission der Maschinensetzer, der Zentralkommission der Stereotypen- und Galvanooplatierer, von zahlreichen Gewerkschaften und einer Reihe von Firmen des Bezirks Gießen. Kollege B r a u n dankte allen Gratulanten für ihr herzlich gefühltes Geben und empfing die Glückwünsche im besten Glauben und mit dem Bewußtsein, daß die Tätigkeit der Geehrten auch in materieller und ideeller Beziehung zum Wohle der Sache beigetragen haben. In dem nun folgenden heiteren Teil erörterten der Arbeitergewerkschaften „Eintracht“ durch schöne Vorträge, die Gewerkschaft Bremer durch anmutige Tanzvorführungen. Für die Tätigkeit der Sachverständigen sorgten in hervorragender Weise die lustigen Vorträge des Bremer und Weg (Frankfurt am Main). Bei Tanz und musikalischer Unterhaltung blieben die Festteilnehmer noch lange beisammen. Besonders erwünscht sei, daß eine von den Segmalinienfabriken, der Elektro-Funditor-Bauanstalt und der Firma O. Stempel W.G. (Frankfurt) in einem gelobten Raum des Gewerkschaftshauses arrangierte Ausstellung von Werbendruckungen lebhaftes Interesse fand. Am Sonntag verlebten die Gießener Kollegen zumal mit den auswärtigen Gästen noch einige schöne Stunden, die von echtem Buchdruckergeist erfüllt waren. Damit hätte unsre in allen Teilen wohlgeungene Jubiläumsvorstellung ihren Abschluß gefunden.

Greifswald. (Drucker.) Am 2. Oktober hielt unser Bezirksverein seine Vierteljahrsversammlung im Straßener Gewerkschaftshaus ab, wozu sich die Kollegen fast vollständig eingefunden hatten. Vom Kreisvorsitzenden war Kollege B o e w e r (Berlin) anwesend, während Kollege P e n s die Grüße des Druckereivereins Steintin überbrachte. Aus dem umfangreichen Geschäftsbericht war zu ersehen, daß die Hälfte der Kollegen im Bezirk arbeitslos ist. Der trotzdem ziemlich gute Kasseeinstand ermöglichte es, allen Kollegen das Reisegeld zu erstatten; außerdem wurden den Arbeitslosen 1,50 M. Gehaltgeld bemittelt. Der Vortrag des Kollegen B o e w e r: „Ein Gang durch den Maschinenbetrieb“, wurde von allen Anwesenden mit größtem Interesse aufgenommen. Der Referent verstand es ganz vorzüglich, an Hand des Vortrags und später durch seine weiteren Ausführungen den Kollegen klar zu machen, daß engster Zusammenhalt in unserer Sparte nach allen Seiten dringend notwendig ist. Auch wurden die Bemühungen des Kreisvorsitzenden, der unsern Verein in technischer und organisatorischer Beziehung stets zur Seite steht, gebührend anerkannt. Unter „Beschwerden“ mußten mehrere Angelegenheiten bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden, da man nach vierstündiger Sitzungsbauer sich noch zur Zeit der Gefelligkeit, bis zur Wäbhart der Jüge, widmen wollte. Als nächster Versammlungsort wurde wieder Straßburg bestimmt.

Hamburg. (Maschinensetzer.) Unsrer letzte, nicht allzu stark besuchte V e r s a m m l u n g am 2. Oktober ehrte zunächst das Andenken zweier verstorbener Kollegen, die langjährige Mitglieder unserer Sparte waren. Nach Besichtigung einiger geschäftlicher Mitteilungen sprach V o r s i t z e n d e K a t h o d e n im Streit befindlichen Hoch- und Straßenbahnern unter allseitiger Zustimmung seine Sympathie aus und knüpfte daran den Wunsch, daß den schwer um ihre Existenz ringenden Arbeitern ein voller Erfolg beschieden sein möge. In seinem Situationsbericht besprach der Vorsitzende vor allem das Rundschreiben der Zentralkommission, ging auf die bevorstehenden Verhandlungen, die die Beratung der Berechnerbefestigungen zur Grundfrage haben, ein und forderte, daß unsre Verbandsinstanzen alles daransetzen, eine weitere Verschlechterung unsrer Arbeitsbedingungen zu verhindern. Der Vorsitzende streifte dann die famose Wapensche Verordnung, die das höchste darstellt, was bisher an Not verordnet wurde, und forderte die Kollegen auf, nichts unversucht zu lassen, was einen weiteren Rückgang unsrer Lebenshaltung verhindern könnte. Weiter ging der Vorsitzende auf den gefällten Schiedsspruch in Sachen des Hilfsarbeitertarifs ein, der von den Hilfsarbeitern aufs neue gekündigt worden sei. Diese Situation erfordere ein einziges Vorgehen nicht nur unsrer Kollegen, sondern der gesamten graphischen Arbeiterschaft. In der eingehenden Aussprache wurde vor allem Stellung genommen gegen die mangelnde Unterfertigung, die unsre Kollegen in bezug auf die Beadigung der Unfallversicherungsbescheinigungen von den Behörden erleiden. Ein Kollege verlangte den Zusammenfluß aller graphischen Arbeiter, zumindest unsres Verbandes, mit den Handarbeitern, er verlangte weiter, im Kampf gegen die Wapensche Verordnung jeden parteipolitischen Streit in den Gewerkschaften aufzugeben, um die Einigkeit in den Gewerkschaften zu erhalten. Den Kollegen wurde aus Herz gelegt, einmal die Entwicklung der Gewerkschaften zu studieren. Eine größere Aussprache löste die Arbeitsvermittlung aus, den Kollegen wurde empfohlen, mehr die geltenden Richtlinien zu beachten. Auf Vorschlag des Vorstandes wurde beschlossen, im nächsten Jahr kein Stützungsfest zu feiern. Das „Technische“ bildete, wie üblich, den Schluß der Versammlung.

E. Konstanz. Unsrer Herbst-Bezirksversammlung am 2. Oktober war gut besucht. Die arbeitslosen Kollegen waren präsent in der gleichen Stärke vertreten wie die noch in Arbeit stehenden Kollegen. Der Vorsitzende konnte namens der Versammelten unsern neuen Gewerkschaftler, Kollegen K e i s e l, begrüßen, der in dem gleichen Saal Winkler den T. v. von dem hier tagenden Gantag gewährt wurde. Ein Gruß- und Dankschreiben vom Bezirksverein Vöhrsch für die übermittelten Glückwünsche zu ihrem 25-jährigen Jubiläum wurde der Versammlung zur Kenntnis gebracht. Der Vorsitzende gedachte ferner unsrer Jubilare, der Kollegen: Bettlinger, Feuchter, Näther, Stör, Fritz, Sprich und Wagenführer. Er bedauerte, daß in diesem

Jahr die Ehrung der Jubilare selber nicht zur Durchführung gelangen konnte, übermittelte die Glückwünsche des Vorstandes und verband damit die Hoffnung, die Ehrung im nächsten Jahr vornehmen zu können. Unklarheiten über den freiwilligen Arbeitsdienst und die Soziale Hilfe wurden von Kollegen K e i s e l erörtert, indem er die diesbezügliche Stellungnahme der Gewerkschaften zergliederte. Die Situationsberichte aus den einzelnen Druckorten unsres Bezirks bestätigten die trostlose Lage des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems und ließen nichts von der schon lange angelegentlich Ankurbelung der Wirtschaft verspüren. Von den rund 120 Mitgliedern sind 39 arbeitslos, 5 arbeiten noch 24 Stunden, 11 30 Stunden, 36 40 Stunden, 29 48 Stunden. In der Kollegenchaft besteht aber der Wille und die Hoffnung, daß durch festes Zusammenstehen im Verband die schwere Zeit überwinden wird. In seinem Referat „Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften“ behandelte sodann Kollege K e i s e l das durch Notverordnungen bedingte Verhältnis der Gewerkschaften zur Reichsregierung und zum gesamten Unternehmertum. Er unterstüßte die Ursachen und Auswirkungen der Notverordnungen und die sich daraus für die gesamte Arbeiterschaft ergebende Stellungnahme. Ferner behandelte er die taktische Faltung der Gewerkschaften und zeigte die Mittel und Wege, das Anrecht von der Arbeiterschaft abzuwehren. Von der Kollegenchaft erwartete er, daß jeder seinen Mann stelle. Es würde dann auch keinen Funktionär geben, der sich selbst für die Sache opfert. An der Diskussion beteiligten sich eine ganze Reihe von Kollegen, auf die der Referent in seinem Schlußwort antwortete. Die Opferwilligkeit der Kollegen gegenüber den Erwerbslosen bewies folgender Beschluß: Um den Arbeitslosen wieder eine Beschäftigungsbereitschaft zu können, werden folgende Extrabeträge erhoben: bei Vollarbeit (48 Stunden) 13 Wochenbeiträge zu 60 Pf., bei 40 Stunden: 9 Wochenbeiträge zu 50 Pf., bei 30 bis 36 Stunden 4 Wochenbeiträge zu 50 Pf. Folgender Vorschlag an den Verbandsvorstand, durch den die ausgefallenen Kollegen beachtet werden sollen, wurde von der Versammlung gutgeheißen: „Die am 2. Oktober 1932 in Konstanz tagende Bezirksversammlung stellt an den Verbandsvorstand den Antrag: Für die schon lange gänzlich Ausgescheiterten hat der Verbandsvorstand einen einmaligen allgemeinen Zuschuß als Weihnachtsgabe zu gewähren. Eine Gewerkschaftskonferenz möge beschließen, das Unterstützungsverfahren abzuändern, daß auch den gänzlich Ausgescheiterten in Zukunft eine kleine Unterstützung zukommt, damit die Kollegen die Verbindung mit der Organisation nicht verlieren.“ Nachdem noch auf den Technischen Sonntag der Maschinensetzerpartei am 30. Oktober aufmerksam gemacht worden war, fand die Versammlung nach vierstündiger Dauer ihren Abschluß.

Köln. Der Besuch unsrer Herbst-Bezirksversammlung am 9. Oktober durch 135 Mitglieder bedeutet eine Rekordziffer, wie wir sie seit zehn Jahren nicht mehr aufzuweisen hatten. Der Begrüßung durch den ersten Vorsitzenden schlossen sich zwei vom Kollegenangehörigen „Typographia“ zu Gehör gebrachte Chöre an. Das Andenken an zwei verstorbene Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils der Tagesordnung hielt Kollege S c h m i d t (Weißer) im Verbandsvorstand einen interessanten Vortrag über „Gewerkschaftliche Zellfragen“. Zurückgekehrt in die Vor- und Nachkriegszeit, schilderte er den immer schärfer werdenden Kampf der Arbeiterschaft um ihre wohlverordneten Rechte, die dem letzten die kapitalistischen Unternehmertreife die Zermürbung der Arbeiterschaft entgegen. Ungeheuer sind die Unterdrückungsopfer, die von der Arbeiterschaft für ihre Arbeitslosen und Invaliden aufgebracht werden. Die letzte Wapensche Verordnung bringe den Unternehmern das, was sie durch Verhandlungen mit den Gewerkschaften nicht erreichen konnten; lasse aber alle Aussicht vermissen, daß durch diese Verordnung die Wirtschaftskrise etwas behoben werden könnte; außerdem sei dies auch nicht durch radikale Kampfmassnahmen zu beilegen. Die bereits vorgeschlagenen Maßnahmen des ADGB seien dazu angetan, Mittel und Wege zu finden, um der Bevölkerung der breiten Masse vorzubeugen. Reicher Beifall und Dank erntete der Redner für seinen vortrefflichen Vortrag. Die Berichte aus den einzelnen Bezirken zeigten alle die gleiche Gato: große Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Unser Gewerkschaftler D a h n e (Schwimer) konnte diese Berichte für den Gesamtgau noch erweitern. Die Punkte „Tarifliches“ und „Beschwerden“ bildeten den internen Teil der Versammlung.

Allgemeine Rundschau

Unsrer Verbandsfunktionäre zur Beachtung empfohlen. Betrifft: Entrichtung der Patetzustellgebühr durch den Abnehmer. Jeder Funktionär, jede Verwaltungsstelle unsres Verbandes sollte es sich zur Pflicht machen, bei Absendung von Paketen neben der Portogebühr zugleich die von der Postverwaltung eingeführte Patetzustellgebühr zu entrichten. Es geht nicht an, daß einzelne Verwaltungsstellen bei Absendung von Paketen die Zustellgebühr besaßen, andere nicht. Dadurch entsteht eine doppelte Belastung der die Zustellgebühr stets entrichtenden Verwaltungsstellen, die zu tragen, sie für die Zukunft absehen. Besonders wollen es sich die Zeilungsleiter angelegen sein lassen, beim Austausch der Rundsendungen für die aufzugebenden Pakete die Zustellgebühr zu bezahlen. Auf der Paketaufschreibadresse sowohl als auf der Pakettarte ist der Vermerk anzubringen: „Zustellgebühr bezahlt“.

Eine Forderung der deutschen Buchdruckerkunst. Wie im „Berliner Tageblatt“ zu lesen war, bereitet im Hinblick auf das Gutenbergjubiläum im Jahr 1940 der Berliner Bibliothekar Dr. Ernst Craus eine Bibliographie zur Geschichte des deutschen Buchdrucks seit 1601 vor, im Zusammenhang mit der Geschichte der Buchdruckerkunst, die von der Gutenberg-Gesellschaft in Mainz geplant wird. Die Bibliographie für das 15. Jahrhundert hat Dr. Kurt Ohly für die Bibliographische Gesellschaft schon geschrieben, die Bibliographie des 16. Jahrhunderts bearbeitet der Münchner Dr. Karl Schottenscher, Abteilungsleiter an der Bayerischen Staatsbibliothek, im Rahmen der Geschichte der Reformen und Gegenreformation.

Vom Zeitungsfriegeschauplatz. Die Monatszeitung des Allgemeinen Verbandes der Kriegs- und Arbeitsopfer Deutschlands (einer Wpflitterung vom kommunistischen Internationalen Bund), „M i l l e m e i n d e r B e r b a n d“, ist durch Verfüzung des Berliner Kreispräsidenten auf die Dauer von sechs Monaten verboten worden. Die Verbotssgründe dürfen nicht angegeben werden. — Der Kreisleiter der Kozipartei in Reichsbund (Eulengebirge) hatte entsprechend dem Parteibefehl Goebbels zum Boykott des „R e i c h e n b e r g e r T a g e b l a t t e s“ und des „S c h e i l i c h e n W o l t s b o t e n“ aufgefordert. Die dadurch bedrohten Verlage ertritten alsdann vor dem Amtsgericht eine einstweilige Verfüzung, durch die dem Kreisleiter unter Androhung einer Geldstrafe von 100 M. bzw. drei Tagen Haft für jeden Fall der Zuwiderhandlung unterlagt wird, die Behauptung zu verbreiten, das „Reichenbader Tageblatt“ bzw. der „Schleißische Volksbote“ habe einen ungesunden Bericht veröffentlicht. Ferner wurde ihm unterlagt, zum Boykott der Zeitungen aufzufordern oder Aufforderungen ähnlichen Inhalts und Charakter zu tätigen. In der Begründung brachte das Gericht zum Ausdruck, daß die Handlungsweise des nationalsozialistischen Kreisleiters gegen die §§ 823 und 826 BGB. verstößt, also Schadenerschaftpflicht nach sich zieht. — In Iffenhelm bei Hohenburg v. d. T. haben Koziparteiter am 26. Oktober die Druckerei des „A f f e n h e i m e r T a g e b l a t t e s“ durch eine Granate in die Luft gesprengt. Die Zeitung ist ein nationalsozialistisches Landungsorgan. Der Verfasser und Verleger des Blattes ist der frühere Naziabgeordnete Wilhelm Holzwarth. Vor zwei Jahren hatte er sich jedoch von Hitler getrennt und war aus der Kozipartei ausgestiegen. In den letzten Wochen erhielt Holzwarth verschiedene Drohbriebe, von denen er angibt, daß sie von Hitlerleuten geschrieben worden sind. In diesen Briefen wurde dem Abtrünnigen baldige „Abrechnung“ angedroht. Jetzt ist sie erfolgt. Die Täter haben mit einer alten und halbgefüllten Kriegsgranate gearbeitet. Die Explosion war so stark, daß die Schnellpresse und die Druckerei völlig zerstört und die Mauern eingestürzt sind. Selbst die Mauern der Nachbargebäude sind geborsten und zeigen große Risse. Glücklicherweise sind keine Menschen verletzt oder getötet worden. Auf der Straße vor der Druckerei hat die Polizei Granatenteile und Zündschnurstücke gefunden. Die Bevölkerung des Städtchens ist in großer Aufregung.

Schadenersatzklage Jugenbergs gegen Goebbels. Wie schon veröffentlicht von uns berichtet wurde, schiederte der freiwillige Berliner Nazistampe Joseph Goebbels im „Angriff“ einen Bannfluch gegen alle seine früheren Glanzlichter in den bürgerlich-nationalen Tageszeitungen. Jugenbergs, der Führer der verunglückten Harzburger Front und Verleger des „Berliner Volksanweigers“ erzwang daraufhin eine gerichtliche Verfüzung gegen Goebbels auf Entschädigung seines geschäftsschädigenden Gebotens bei Strafe von 300 000 M. Am 22. Oktober verhandelte nunmehr die 19. Zivilkammer des Berliner Landgerichts II über die Aufrechterhaltung der vom Scherlverlag erwirkten einstweiligen Verfüzung, gegen den Parteibefehl des nationalsozialistischen Gauleiters Goebbels und den im „Angriff“ erschienenen Aufruf zur Boykottierung der nationalsozialistischen Presse. Der Anwalt des Scherlverlages führte aus, bei dem von der Koziparteileitung der NSDAP nicht einmal übernommenen Parteibefehl des Berliner Führers Goebbels handle es sich um ein unfaulteres Wettbewerb. Der Scherlverlag sei durch den Boykott um erhebliche Summen geschädigt worden, er habe deswegen jetzt auf eine Schadenersatzklage eingeleitet, zunächst auf einen Teilbetrag von 300 000 M. Als der Anwalt des Scherlverlages die Frage der Wiederholungsgefahr erörterte, meinte der Vorsitzende: Wenn nun z. B. die Harzburger Front wiederhergestellt würde, so würde doch wohl die Wiederholungsgefahr beseitigt sein. Darauf erwiderte der Rechtsanwalt: Bei der kurzen Dauer, die die erste Harzburger Front hatte, würde man bei einer zweiten nicht wissen, wann die Wiederholungsgefahr eintritt. (Seiterkeit.) Das Gericht will am 31. Oktober seine Entscheidung verkünden.

Maschine und Arbeitslosigkeit. Dieses Thema erregte auf einer kürzlich abgehaltenen Tagung des Vereins deutscher Ingenieure größte Aufmerksamkeit. Die einleitenden Ausführungen dazu machte Professor E. Hebebrand. Er führte u. a. aus: „In Deutschland stehen zur Zeit 32 Millionen Erwerbsfähigen 60 Millionen mechanische Werkstücke zur Seite. Es entfallen daher, wenn man die Leistung einer menschlichen Arbeitskraft mit 0,1 PS gleichstellt, rund 20 Millionen Arbeiter auf eine lebende Arbeitskraft. Die mechanisierten Betriebe haben in den letzten 30 Jahren so große Fortschritte gemacht, daß man heute 60 bis 80 Millionen Menschen einstellen müßte, um das gleiche Produktionsergebnis mit Handarbeitern zu erzielen. Dieses Heer von Arbeitern könnte in den vorhandenen Fabrikräumen gar nicht untergebracht werden. Die Bevölkerungsziffer Europas hat um das Jahr 1800 180 Millionen betragen und ist 1900 auf 500 Millionen gestiegen. Nur mit Hilfe der Technik konnte dieser ungeheure Menschenzuwachs ernährt und auf einen erhöhten Lebensstandard gebracht werden. Der Bruchteil des Arbeitlosenheeres, der der Mechanisierung der Betriebe zum Opfer fällt, verhinndet gegenüber dem großen Umfang an Arbeitslosen, den die Maschine geschaffen hat.“ Auch Professor Hebebrand gibt zu, daß der technische Fortschritt in den letzten Perioden vielfach überfordert wurde. Die Technik habe es der Wirtschaft zu leicht gemacht, Augenblickskonjunkturen auszubuten. Der technische Fortschritt sei, an den Maschinen unsres Wirtschaftssystems gemessen, zu billig zu haben. Eine Maschine, die ein hervorragendes Kunstwerk sei, würde eine Ware gefanden. Aus der Disparanz zwischen Maschinenverwendung und Arbeitslosigkeit ergebe sich die Notwendigkeit einer sinnvollen Regelung von den Leistungen von arbeitenden Menschen und „Maschinen“-Arbeitskraft. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist hierfür das geeignetste Mittel. Dies schenke auf die Unternehmer nach und nach einzugehen, denn Professor Hebebrand gab im Namen der Herren Karl Bösch (W. Farben), Robert Bösch (Wohlfahrt), Dr. Koettgen (Siemens) und Krupp von Bohlen und Halbach eine Erklärung ab, wonach es als Pflicht jedes deutschen Mannes betrachtet wird, in den eigenen Betrieben so viel Arbeitskräfte wie irgend angänglich zu beschäftigen.

